

Leitantrag des BSW Sachsen-Anhalt: Entschieden. Für ein gerechtes und friedliches Sachsen-Anhalt.

Ein neuer Weg für Sachsen-Anhalt

Das BSW Sachsen-Anhalt steht erst am Anfang – aber wir wissen, wohin wir wollen. Der vorliegende Leitantrag ist ein erster Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden Landeswahlprogramm. Unser Land befindet sich in einer tiefen Krise. Die Bürgerinnen und Bürger erleben im Alltag, dass es bergab geht: Die Preise steigen, die Löhne halten nicht Schritt. Es fehlen Ärzte, Pflegekräfte, Erzieher und Lehrer. Schulen verfallen, Krankenhäuser schließen, der soziale Zusammenhalt bröckelt. Die Unsicherheit auf den Straßen wächst.

Die Deutschland-Koalition unter Ministerpräsident Haseloff steht exemplarisch für das politische Versagen auf Landesebene. Sie schafft es nicht, die zentralen Herausforderungen in Sachsen-Anhalt zu bewältigen – weder im Gesundheitswesen noch bei der Bildungsinfrastruktur oder der wirtschaftlichen Entwicklung. Statt tatkräftigem Gestaltungswillen herrscht Stillstand, statt Lösungen dominieren parteitaktische Scharmützel. Die Menschen im Land verlieren das Vertrauen – nicht ohne Grund.

Die etablierten Parteien lösen diese Probleme nicht, sie verschärfen sie. Durch gebrochene Wahlversprechen, durch eine Außen- und Energiepolitik, die die Inflation befeuert, eine ideologiegetriebene Wirtschafts- und Klimapolitik, durch die Einschränkung der Meinungsfreiheit, durch soziale Kürzungen zugunsten einer massiven militärischen Aufrüstung und durch eine verantwortungslose Migrationspolitik. Das politische Establishment ignoriert die Interessen der Mehrheit!

Es ist Zeit für eine politische Wende in Sachsen-Anhalt. Ein Neuanfang, getragen von Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und dem unbedingten Willen, unser Land wieder auf einen Weg zu bringen, der den Menschen dient. In Sachsen-Anhalt hat das BSW mit 11,2 % bei der Bundestagswahl das bundesweit stärkste Ergebnis erzielt – nicht, weil wir perfekt organisiert waren oder viele Ressourcen hatten. Sondern weil wir Klartext reden, weil wir eine Hoffnung verkörpern. Eine Hoffnung auf eine Politik, die sich wieder traut, den Mund aufzumachen, die Prinzipien nicht dem Koalitions kalkül opfert und die Menschen nicht länger als Störfaktor, sondern als Souverän begreift. Dieses Ergebnis ist ein Auftrag. Für eine soziale, demokratische und souveräne Politik. Für ein Ende der politischen Arroganz, des moralischen Zeigefingers, der Bevormundung von oben. Die Menschen in unserem Land haben genug von Parteien, die über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Sie wollen eine Politik, die zuhört, die handelt, die schützt.

Die Menschen in unserem Land sehen sich konfrontiert mit einer politischen Klasse, die nicht mehr zuhört, sondern predigt. Sie erleben, wie Politik an ihnen vorbeigeführt wird – an Lobbytischen, weit weg von ihren Lebensrealitäten. Und sie spüren, dass die etablierten Parteien keinen wirklichen Richtungsstreit mehr führen. Es gibt nur noch technokratische Varianten derselben Grundhaltung – ob Ampel, GroKo oder Schwarz-

42 Grün. Das BSW will das ändern. Wir stehen für eine klare Alternative zum Block der
43 Entfremdeten. Für Politik mit Haltung, Verstand und Nähe zum Alltag der Menschen.

44 **Sachsen-Anhalt im Brennglas**

45 Kaum ein Bundesland zeigt so deutlich, was in diesem Land schief läuft: Eine marode
46 Infrastruktur, abgehangene Regionen, überforderte Kommunen, sanierungsbedürftige
47 Schulen, geschlossene Krankenhäuser und eine Bevölkerung, die sich immer öfter fragt,
48 ob ihre Lebensleistung noch etwas zählt. Wer hier aufwächst, erlebt oft genug: Du
49 musst gehen, wenn du etwas erreichen willst. Wer bleibt, bleibt im Rückstand – so
50 scheint es zumindest. Doch das ist kein Naturgesetz. Es ist das Ergebnis
51 jahrzehntelanger Fehlentscheidungen, ideologischer Träumereien und neoliberaler
52 Sparpolitik.

53 Ein Bundesland, das einst industrielle Stärke, kulturelle Vielfalt und Bildungshunger
54 ausstrahlte, wurde über Jahrzehnte entkernt und zurückgelassen. Die Politik der
55 vergangenen Jahre hat in Kauf genommen, dass Menschen abwandern, dass junge
56 Frauen kaum Perspektiven sehen, dass das Leben auf dem Land immer mehr zum
57 Experiment mit ungewissem Ausgang wird. Statt in Infrastruktur zu investieren, wurden
58 Ideologieprojekte gefördert. Statt auf den Erhalt regionaler Identität zu setzen, versuchte
59 man, den Menschen ein neues Lebensgefühl aufzuzwingen, das mit der
60 Lebenswirklichkeit wenig zu tun hat.

61 Was Sachsen-Anhalt braucht, ist nicht die nächste Runde von Strukturpapieren,
62 sondern konkrete politische Umkehr: Mehr Hausärzte statt mehr Diversity-Beauftragte.
63 Mehr Investitionen in Schulen statt Milliarden für die Rüstung. Mehr Respekt vor dem
64 Gemeinwohl der Bevölkerung statt Misstrauen durch Kontrolle und Bürokratie. Die
65 ländlichen Räume müssen wieder lebendige Lebensräume werden – mit medizinischer
66 Versorgung, Nahverkehr, digitaler Anbindung und sicheren Arbeitsplätzen.

67 **Starke Wirtschaft durch Entlastung, Förderung und Innovation**

68 Die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt zeigt exemplarisch, wohin ideologisch
69 motivierte Politik führt: Viele Betriebe kämpfen mit steigenden Energiepreisen, jungen
70 Fachkräften fehlen Perspektiven vor Ort, Handwerksbetriebe geben auf, weil Nachfolger
71 fehlen und die Bürokratie lähmt. Unsere Wirtschaft braucht keine ideologischen
72 Experimente, sondern Planungssicherheit, günstige Energie und eine funktionierende
73 Infrastruktur. Der Mittelstand, das Handwerk, kleine Betriebe und Selbstständige sind
74 das Rückgrat unserer Wirtschaft – wir entlasten sie, bauen Bürokratie ab und fördern
75 regionale Wertschöpfung. Die Verwaltung muss für die Unternehmen da sein, nicht
76 umgekehrt. Öffentliche Aufträge sollen vorrangig an regionale Anbieter gehen, die
77 tariflich zahlen. Wir fordern einen wirtschaftspolitischen Realismus: Keine Sanktionen
78 gegen eigene Interessen, sondern eine Rückkehr zu vernünftigen
79 Außenhandelsbeziehungen, etwa durch die Wiederaufnahme der Gasimporte über Nord
80 Stream.

81 **Bildung und Ausbildung**

Wir setzen uns für gebührenfreie Bildung in Sachsen-Anhalt ein – von der Kita bis zur Schule. Kindergärten und Schulen müssen gut ausgestattet, kostenfrei und wohnortnah sein. Kinder sind für die Zukunft eines Landes wesentlich. Sie benötigen Bildung, Erziehung und altersgerechte Betreuung. Sachsen-Anhalt weist im bundesweiten Vergleich einen der schlechtesten Betreuungsschlüssel auf. Derzeit betreut eine Fachkraft in Sachsen-Anhalt 5,6 Kinder unter drei Jahren und 10,1 Kinder über drei Jahren. Qualitativ hochwertige Betreuungsplätze sind wichtig für die kindliche Bildung und Entwicklung. Daher wird die Umsetzung der Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung gefordert. Diese empfehlen einen Betreuungsschlüssel von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und 1:7,5 für Kinder über drei Jahren. Dies würde die Arbeitsbelastung der Fachkräfte reduzieren und die pädagogische Arbeit in den Mittelpunkt der kindlichen Entwicklung stellen. Eine funktionierende Bildung setzt voraus, dass Unterricht zuverlässig stattfindet. Das bedeutet: genug Lehrkräfte, moderne Ausstattung, ein sicheres Lernumfeld und soziale Begleitung.

Besonders in vielen ländlichen Regionen Sachsens-Anhalts fehlt es an stabilen Schulstrukturen, und der Unterrichtsausfall ist eklatant. Dem treten wir entschieden entgegen. Wir fordern ein gesundes, preiswertes Mittagessen für alle Kinder. Die Schulsozialarbeit muss deutlich ausgebaut werden, um Kinder und Jugendliche in belastenden Lebenslagen zu unterstützen – gerade auch in sozial benachteiligten Gebieten.

Die Grundschulen sollen Handy- und Tablet-freie Räume sein und das konzentrierte Lernen fördern. Gleichzeitig muss die digitale Infrastruktur der Schulen auf dem neuesten Stand sein – mit moderner Technik, schneller Internetverbindung und zeitgemäß ausgestatteten naturwissenschaftlichen Räumen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landes- und kommunaler Ebene alle Anstrengungen unternommen werden, um bauliche Mängel an den Schulen in Sachsen-Anhalt zu beseitigen und sie in einen modernen und lernförderlichen Zustand zu bringen. Auch das nichtpädagogische Personal – von Hausmeistern über Verwaltungs- und Reinigungskräfte bis hin zur Schulsozialarbeit – muss in ausreichender Zahl vorhanden sein. Ihre Stellenzahl muss sich an den tatsächlichen Anforderungen orientieren.

Die berufliche Bildung verdient endlich die Aufmerksamkeit, die ihr zusteht – insbesondere angesichts des bereits vorhandenen Fachkräftemangels in Sachsen-Anhalt. Wir brauchen eine starke, gut bezahlte und zukunftsfähige berufliche Ausbildung, um dem wachsenden Bedarf in Handwerk, Pflege, Industrie und Dienstleistungssektor zu begegnen. Wir fordern eine bessere Bezahlung von Auszubildenden, mehr öffentliche Förderung von Berufsqualifikationen und Weiterbildungsangeboten – etwa für Meisterabschlüsse oder Umschulungsprogramme.

Gesundheitsversorgung – Schnell und überall

Wir lehnen die Schließung von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen entschieden ab. Gerade für die Notfallversorgung sind kurze Wege unverzichtbar. Sachsen-Anhalt muss seiner Investitionsverantwortung in ausreichendem Umfang nachkommen, damit die Kommunen ihre Krankenhäuser auf den neuesten Stand

124 bringen können. Sachsen-Anhalt soll sich im Bundesrat für eine auskömmliche
125 Finanzierung der Krankenhäuser und Investitionszuschüsse durch den Bund einsetzen.

126 Das Gesundheitssystem darf keine Zweiklassenmedizin sein – monatelange Wartezeiten
127 für Kassenpatienten und die Bevorzugung von Privatpatienten sind inakzeptabel. Auch
128 hier braucht es zwingend eine Initiative, um gemeinsam mit anderen Bundesländern für
129 eine Bürgerversicherung einzutreten.

130 Seit Jahrzehnten überlässt der Staat die Gesundheitsversorgung zunehmend
131 gewinnorientierten Konzernen, was die Versorgung und die Arbeitsbedingungen für
132 Patienten und Fachkräfte verschlechtert. Gleichzeitig stellt der Fachkräftemangel im
133 Pflege- und Gesundheitswesen eine ernste Herausforderung dar – allein in Sachsen-
134 Anhalt werden bis 2030 mehrere tausend neue Beschäftigte benötigt, um die
135 Renteneintritte der aktuellen Beschäftigten zu kompensieren.

136 Um die medizinische Versorgung, besonders im ländlichen Raum, zu sichern, brauchen
137 wir eine bessere Vernetzung von stationärem und ambulantem Bereich, neue
138 Versorgungszentren und innovative Angebote wie Gemeindeschwestern.

139 Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen mehr Unterstützung und
140 Entlastung. Die Pflegeversicherung ist unzureichend und verursacht hohe Eigenanteile,
141 die zur Armutsfalle werden können. Deshalb fordern wir einen Pflegekostendeckel und
142 eine auskömmliche Finanzierung der Investitionskosten durch Land und Bund.

143 Wir wollen auch die wohnortnahe sozialpsychiatrische Versorgung in Sachsen-Anhalt
144 ausbauen. Krisennotdienste und eine bessere Beratung für Betroffene und Angehörige
145 müssen flächendeckend sichergestellt werden.

146 Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen
147 orientiert und nicht an der Gewinnmaximierung. Krankenhäuser, Versorgungszentren
148 und Pflegeeinrichtungen sollen in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft
149 verbleiben bzw. dahin zurückgeführt werden.

150 **Guter Wohnraum**

151 Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundrecht. Wir setzen uns ein für kommunale
152 Wohnungsbaugesellschaften und eine Neubauoffensive im ländlichen Raum. Leerstand
153 muss genutzt, Spekulation unterbunden und Wohnen dem Markt entzogen werden.
154 Besonders junge Familien und Menschen mit kleinem Einkommen brauchen gezielte
155 Unterstützung.

156 **Umweltschutz**

157 Klimaschutz braucht Vernunft, keine Verbote. Wir setzen auf regionale Lösungen,
158 Bürgerbeteiligung, dezentrale Energieversorgung und soziale Ausgewogenheit.
159 Kommunen und Anwohner sollen von der Energiewende profitieren.
160 Rekommunalisierung von Strom- und Wasserversorgung schafft Sicherheit und
161 Transparenz. Umweltpolitik muss für die Menschen gemacht sein, nicht gegen sie.

162 **Verkehrspolitik**

163 Mobilität ist kein Luxus. Wir lehnen die einseitige Benachteiligung des Autos ab und
164 setzen auf einen attraktiven und möglichst flächendeckenden ÖPNV auf Straßen und
165 Schienen, auf Rufbussysteme sowie sichere Radwege. Die Aufgaben der
166 Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA GmbH) müssen sich ganz auf die
167 Organisation des Nahverkehrs in Sachsen-Anhalt als Kernaufgabe konzentrieren,
168 welche durch die Besonderheiten der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur in unserem
169 Bundesland gestalterisch vorbestimmt ist. Für alle Belange bundeseigener Infrastruktur
170 muss ein Landesverkehrsministerium der kompetente Ansprechpartner der Kommunen
171 werden, damit Probleme vor Ort auch in Berlin Gehör finden.

172 Das Deutschlandticket soll beibehalten und für Schüler kostenlos werden. Die
173 Voraussetzungen für den Erwerb des Führerscheins müssen so sein, dass dieser
174 wieder bezahlbar und für junge Menschen zugänglich wird. Keine Fahrverbote, keine
175 CO₂-Bestrafung – sondern Lösungen, die die notwendige Mobilität für die gesamte
176 Gesellschaft erhalten und möglichst verbessern.

177 Der Ausbau der A14 in der Altmark ist ein zentrales Infrastrukturprojekt für Sachsen-
178 Anhalt – und eine unendliche Geschichte. Seit dem Spatenstich 2011 vergehen die
179 Jahre, ohne dass der Lückenschluss zwischen Magdeburg und Schwerin
180 abgeschlossen wird. Die Fertigstellung ist nun für 2030 angekündigt, aber viele
181 Bauabschnitte sind noch immer unklar finanziert. Die wirtschaftliche Bedeutung der
182 Strecke ist enorm – nicht nur für den Norden Sachsen-Anhalts. Wir fordern deshalb: Der
183 Ausbau der A14 muss endlich entschlossen vorangetrieben werden. Das Land muss
184 sich auf allen Ebenen für die zügige Fertigstellung starkmachen.

185 Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannte Hosenträgervariante – also der
186 Lückenschluss der A39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg sowie der Bau der B190n
187 von Uelzen über Salzwedel und Arendsee bis Seehausen mit Anschluss an die A14 –
188 umgesetzt wird, um die Verkehrsanbindung und wirtschaftliche Entwicklung der Altmark
189 gezielt zu fördern. Die Regionen dürfen nicht länger vertröstet werden!

190 **Meinungsfreiheit und demokratische Kultur**

191 Die Meinungsfreiheit ist ein unverzichtbares Fundament unserer Demokratie – auch und
192 gerade in Sachsen-Anhalt. Doch zunehmend gerät sie unter Druck – durch staatliche
193 Regulierungen, gesellschaftliche Ächtung und die Angst vor beruflichen oder sozialen
194 Sanktionen.

195 Das BSW Sachsen-Anhalt setzt sich entschieden für den Schutz der Meinungsfreiheit
196 ein. Wir lehnen staatliche Eingriffe ab, die unter dem Vorwand der
197 Desinformationsbekämpfung die freie Meinungsäußerung einschränken könnten. Statt
198 einer gesteuerten Medienaufsicht, die über Wahrheit und Unwahrheit entscheidet,
199 vertrauen wir auf die Urteilstkraft der Bürgerinnen und Bürger. Eine lebendige
200 demokratische Kultur lebt vom offenen Diskurs, von kontroversen Debatten und der
201 Vielfalt der Meinungen.

202 Statt Repression und Selbstzensur braucht es eine Stärkung der demokratischen
203 Streitkultur – auch an Schulen, Hochschulen, in Medien und Verwaltungen –, in der
204 auch unbequeme Meinungen Gehör finden dürfen. Die Ausgrenzung politischer
205 Konkurrenz ist kein Beitrag zur Demokratie. Wer andere Meinungen pauschal als
206 gefährlich brandmarkt und den politischen Diskurs verweigert, schwächt unsere
207 Demokratie. Das BSW steht für eine inhaltliche Auseinandersetzung statt
208 Diskursverweigerung durch Brandmauer-Ideologie.

209 **Für eine realistische und gerechte Migrationspolitik**

210 Das Grundrecht auf Asyl für verfolgte Menschen ist eine wichtige Errungenschaft nach
211 dem Zweiten Weltkrieg. Für dieses Grundrecht steht das BSW ein. Doch wir sehen
212 auch: Die Vermischung von Asylrecht mit unkontrollierter Massenzuwanderung hat in
213 den letzten zehn Jahren zur Überforderung vieler Kommunen geführt – auch in
214 Sachsen-Anhalt. Die wachsende Unzufriedenheit und Unsicherheit vieler Bürger ist ein
215 ernstzunehmendes Signal.

216 Unser Ziel ist eine menschliche Asylpolitik, die klare Regeln setzt: Hilfe für Verfolgte – ja.
217 Aber keine Anreize für ungeregelte Einwanderung. Asylverfahren sollen an den EU-
218 Außengrenzen oder in sicheren Drittstaaten durchgeführt werden – nicht erst in
219 deutschen Großstädten.

220 Wir fordern die schnellere Abschiebung von Menschen ohne Bleiberecht –
221 insbesondere von Straftätern und solchen, die es missbrauchen. Wer dauerhaft nicht
222 bleiben darf, muss das Land verlassen. Für ausreisepflichtige Personen soll es künftig
223 nur noch Sachleistungen geben.

224 Wer nach Deutschland – und damit auch nach Sachsen-Anhalt – einwandern möchte,
225 muss die deutsche Sprache lernen, arbeiten wollen und sich an unsere Gesetze halten.
226 Die Integration kann nur gelingen, wenn die Zahl der Zugewanderten unsere
227 Gesellschaft nicht überfordert.

228 Um Integration zu ermöglichen, braucht es frühzeitige Sprachförderung. Wir fordern
229 verpflichtende Deutschtests ab dem dritten Lebensjahr. Ehrenamtliche Sprachkurse
230 wollen wir ausbauen und gezielt unterstützen – insbesondere im ländlichen Raum, wo
231 Integrationsangebote bislang unterrepräsentiert sind.

232 Für Menschen mit vergleichbarer Qualifikation sollen ausländische Berufsabschlüsse
233 schneller anerkannt werden. Wer arbeiten kann, soll das auch tun – schon während des
234 Asylverfahrens. So entlasten wir die Sozialsysteme und fördern Integration.

235 Eine Migrationspolitik, die für Ordnung sorgt und Integration ermöglicht, ist kein
236 Widerspruch – sie ist die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sachsen-
237 Anhalt braucht eine verlässliche Steuerung statt einer Politik der Überforderung.

238 **Corona-Politik ehrlich aufarbeiten**

239 Die Corona-Pandemie war eine große Herausforderung – für die Gesellschaft und für
240 jeden Einzelnen. Viele Maßnahmen, deren Verhältnismäßigkeit nie offiziell aufgearbeitet

241 wurde, gingen weit über das erforderliche Maß hinaus, führten zu tiefgreifenden
242 Einschränkungen von Grundrechten und zerstörten berufliche Existenzen.

243 Kritische Stimmen aus Wissenschaft und Gesellschaft, die frühzeitig auf
244 Fehlentwicklungen hinwiesen, wurden diffamiert, ausgegrenzt oder mundtot gemacht.
245 Menschen, die sich aus Sorge vor möglichen Nebenwirkungen nicht impfen lassen
246 wollten, wurden oft pauschal unter Druck gesetzt oder gesellschaftlich benachteiligt.
247 Inzwischen ist deutlich geworden, dass zentrale Versprechen der Corona-
248 Impfkampagnen nicht eingehalten wurden. Die Risiken der neuartigen Impfstoffe
249 wurden von den verantwortlichen Politikern verharmlost.

250 Auch auf Landes- und kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt gab es schwere
251 Fehlentscheidungen – etwa beim Umgang mit Schulschließungen oder der
252 Ausgrenzung ungeimpfter Bürgerinnen und Bürger vom öffentlichen Leben.

253 Das BSW Sachsen-Anhalt steht für echte Aufarbeitung statt Verschweigen. Wir fordern
254 eine unabhängige und transparente Aufarbeitung der Corona-Politik. Dazu gehört
255 insbesondere eine systematische Auswertung der Impfnebenwirkungen auf Grundlage
256 aller verfügbaren Daten, etwa der Krankenkassen und Melderegister. Wo solche Daten
257 bislang fehlen, müssen sie erhoben und wissenschaftlich ausgewertet werden. Dafür
258 sind die entsprechenden Gelder bereitzustellen.

259 Zur umfassenden politischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Pandemie-Folgen
260 fordern wir die Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses auf Landesebene.
261 Dieser soll das staatliche Handeln während der Corona-Jahre vollständig beleuchten,
262 Entscheidungsprozesse offenlegen und politische Verantwortung klar benennen. Ziel ist
263 es, aus Fehlern zu lernen und zukünftige Überreaktionen zu vermeiden.

264 Darüber hinaus setzen wir uns für ein Amnestie-Gesetz für Corona-Verstöße ein, durch
265 das Bußgelder und Strafen gegen Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit
266 Impfpflicht, Kontaktverboten oder Ausgangssperren aufgehoben oder rückwirkend
267 erlassen werden. Solche Amnestie-Regelungen wurden bereits in anderen Ländern
268 umgesetzt – etwa in Österreich oder in Spanien.

269 **Innere Sicherheit und Rechtsstaat stärken**

270 Sachsen-Anhalt braucht einen handlungsfähigen Staat, der Sicherheit gewährleistet und
271 Recht durchsetzt. Wir fordern deshalb die gezielte Stärkung von Polizei und Justiz.
272 Dafür braucht es bessere personelle Ausstattung, eine moderne Infrastruktur sowie den
273 Abbau bürokratischer Hürden. Die Polizei muss flächendeckend präsent sein –
274 insbesondere in strukturschwachen Regionen, wo sich Bürgerinnen und Bürger
275 zunehmend alleingelassen fühlen. Auch die Justiz muss wieder in die Lage versetzt
276 werden, Verfahren zügig und gerecht zu bearbeiten. Der Rechtsstaat darf kein
277 Papiertiger sein.

278 **Armut bekämpfen – soziale Sicherheit schaffen**

279 Sachsen-Anhalts Bevölkerung gehört zu den ärmsten in ganz Deutschland. Das ist ein
280 unhaltbarer Zustand. Viele Menschen im Land arbeiten hart, kommen aber trotzdem

281 kaum über die Runden. Kinderarmut, Altersarmut und prekäre Beschäftigung sind weit
282 verbreitet. Wir fordern deshalb eine Landesarmutsstrategie, die existenzsichernde
283 Löhne, stabile Renten und bezahlbare Lebenshaltungskosten ins Zentrum stellt.
284 Sozialpolitik darf nicht bevormunden, sondern muss schützen und unterstützen. Unsere
285 soziale Infrastruktur muss gestärkt, nicht weiter ausgehöhlt werden.

286 **Demokratie stärken – Teilhabe ermöglichen**

287 Wir wollen direkte Demokratie ausbauen, die Hürden für Volksentscheide senken und
288 die politische Bildung stärken. Der Staat gehört den Bürgerinnen und Bürgern – nicht
289 den Parteien. Deshalb: Mehr Transparenz, mehr Mitwirkung, mehr Vertrauen in den
290 Souverän.

291 **Frieden sichern – Diplomatie statt Eskalation – das ist auch** 292 **Landesinteresse!**

293 Die Welt befindet sich in einer Phase gefährlicher Konfrontation – und Deutschland
294 rutscht immer tiefer hinein. Der Einsatz deutscher Waffen in internationalen Konflikten
295 birgt die Gefahr, dass unser Land selbst zur Kriegspartei wird: Die Entscheidung von
296 CDU-Chef Friedrich Merz, die Reichweitenbegrenzung für Angriffe mit deutschen
297 Waffen aufzuheben, ist nicht nur ein eklatanter Tabubruch, sondern in letzter
298 Konsequenz brandgefährlich. Wenn künftig Taurus-Raketen aus deutscher Produktion
299 russische Städte treffen, steht am Ende die Möglichkeit eines direkten Krieges zwischen
300 Deutschland und Russland im Raum. Diese Eskalationspolitik ist verantwortungslos und
301 gefährdet die Sicherheit Europas. Deshalb fordert das BSW Sachsen-Anhalt: Die Bürger
302 müssen in dieser Schicksalsfrage mitentscheiden – per Volksabstimmung über die
303 Ukraine-Politik der Bundesregierung, insbesondere über ein Verbot von Taurus-
304 Lieferungen und daraus abgeleiteter Lizenzen.

305 Doch die Eskalation ist nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich verheerend.
306 Während Europa unter Sanktionen leidet und die deutsche Industrie mit hohen
307 Energiepreisen kämpft, bereiten Russland und die USA eine Ausweitung ihrer
308 Handelsbeziehungen vor. Diese doppelte Abhängigkeit – von Konflikten und von
309 globalen Märkten – schwächt unser Land. Wir fordern daher eine Rückkehr zu
310 wirtschaftlicher Vernunft: Die Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Pipelines gehört
311 auf die Tagesordnung. Deutschland braucht günstige Energie, um Arbeitsplätze zu
312 sichern, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Deindustrialisierung zu stoppen. Ein
313 neuer Realismus in der Außenwirtschaft ist überfällig – im Sinne unserer eigenen
314 Bevölkerung.

315 Gleichzeitig ist es für uns unerträglich, wie die Bundesregierung mit doppelten
316 Standards in der internationalen Politik operiert. Das Vorgehen Israels im Gazastreifen
317 ist ein gigantisches Kriegsverbrechen, das mittlerweile von internationalen
318 Organisationen als Völkermord eingestuft wird. Während Hilfsorganisationen um
319 humanitären Zugang kämpfen, liefert Deutschland weiter Waffen und erklärt die
320 Unterstützung Netanjahus zur Staatsräson. Wer Menschen aushungert, bombardiert
321 und vertreibt, begeht Verbrechen – und wer das politisch oder militärisch deckt, macht
322 sich mitschuldig. Wir fordern ein sofortiges Waffenembargo gegen Israel, massiven

323 politischen Druck auf Tel Aviv und ein Umdenken deutscher Außenpolitik: weg von der
324 bedingungslosen Gefolgschaft, hin zu klaren menschenrechtlichen Standards.

325 Diese politische Orientierungslosigkeit endet nicht an unseren Grenzen. Innenpolitisch
326 erleben wir die Rückkehr des Aufrüstungswahns. Außenminister Wadepuhl will fünf
327 Prozent des BIP in Rüstung investieren – das wären jährlich über 200 Milliarden Euro.
328 Finanziert durch Kürzungen bei Bildung, Pflege, Gesundheit und öffentlicher
329 Infrastruktur. Das ist keine Sicherheitspolitik – das ist ein Generalangriff auf den
330 Sozialstaat. Während der Westen militärisch zehnmal so viel ausgibt wie Russland, wird
331 der deutsche Steuerzahler in ein Wettüben gezwungen, das keinem dient außer den
332 Profiteuren der Rüstungsindustrie.

333 Das BSW Sachsen-Anhalt sagt klar: Wir wollen Frieden durch Diplomatie, Sicherheit
334 durch soziale Stabilität und internationale Verantwortung durch Augenmaß. Deutschland
335 darf sich nicht länger außenpolitisch entmündigen lassen. Es braucht eine eigenständige
336 Stimme der Vernunft. Wir stehen für eine Friedenspolitik, die auf Ausgleich statt
337 Konfrontation setzt, auf Entspannung statt Eskalation. Als einzige Partei im
338 Bundestagswahlkampf haben wir uns konsequent gegen Aufrüstung und Kriegspolitik
339 gestellt – und diese Haltung bleibt unser Markenzeichen.

340 Wir sind die Kraft der Deeskalation – und die Partei der Friedenslogik in einer Zeit der
341 Kriegsrhetorik.

342 **Selbstkritisch. Lernfähig. Zukunftsgewandt.**

343 Wir sind nicht perfekt gestartet. Die Gründung des BSW erfolgte unter enormem
344 Zeitdruck. Wir mussten gleichzeitig Landesverbände aufbauen, Kandidatenlisten
345 aufstellen, Unterstützungsunterschriften sammeln und Wahlkämpfe organisieren. In
346 diesem Sprint blieb zu oft keine Zeit für das, was eine politische Bewegung eigentlich
347 auszeichnet: Austausch, Diskussion, Einbindung, demokratische Beteiligung. Einige
348 engagierte Unterstützerinnen und Unterstützer, die mit Hoffnung und Energie zu uns
349 gestoßen waren, fühlten sich in der Folge nicht ausreichend wahrgenommen oder
350 einbezogen. Interne Prozesse waren teils zu bürokratisch, zu intransparent oder schlicht
351 überfordert. Wir haben das erkannt. Es war ein schmerzhafter, aber notwendiger
352 Lernprozess. Denn wer eine andere Politik verspricht, muss auch andere Strukturen
353 schaffen. Wir wollen aus diesen Erfahrungen lernen – und wir werden künftig
354 verbindlicher, demokratischer und transparenter arbeiten.

355 Auch das Ergebnis der Bundestagswahl hat uns deutlich vor Augen geführt, wo wir
356 stehen – und wo nicht. Es war ein Achtungserfolg, aber kein Durchbruch. Und das,
357 obwohl wir nachweislich von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten betroffen waren.
358 Viele Auslandsdeutsche konnten ihre Stimme nicht abgeben, obwohl sie wahlberechtigt
359 waren. In Hunderten Wahlbezirken lagen die Fehlerquoten bei der Auszählung beim
360 BSW weit über dem Durchschnitt – ein Missstand, der nicht hinnehmbar ist. Doch
361 selbst wenn das amtliche Endergebnis nicht korrekt sein sollte, bleibt die bittere
362 Wahrheit: Hätten wir noch mehr Menschen überzeugt, hätte auch keine Zählpanne
363 unseren Einzug in den Bundestag verhindert. Wir müssen also nicht nur über
364 Wahlprüfung reden, sondern auch selbstkritisch anerkennen, dass es uns nicht
365 ausreichend gelungen ist, die Breite unseres Potenzials zu mobilisieren. Wählerinnen

366 und Wähler, die uns bei der Europawahl oder den Landtagswahlen unterstützt hatten,
367 blieben uns bei der Bundestagswahl fern. Das darf sich nicht wiederholen.

368 Ein Grund dafür liegt auch in den Erwartungen, die wir geweckt – aber nicht immer
369 erfüllt haben. In Brandenburg und besonders in Thüringen hat unsere
370 Regierungsbeteiligung Hoffnungen auf eine andere Politik genährt: auf soziale
371 Entlastung, auf klare Friedenspolitik, auf politische Unabhängigkeit. Doch diese
372 Erwartungen wurden nicht immer eingelöst. Die Enthaltung der BSW-Landesregierung
373 zu zentralen Bundesratsentscheidungen war ein wichtiges friedenspolitisches Signal –
374 aber im Alltag blieb die Differenz zu anderen Parteien für viele Menschen zu unscharf. In
375 Thüringen zeigte sich zudem, wie schwierig eine glaubwürdige Regierungsbeteiligung
376 ist, wenn zwischen Bundespartei und Landesregierung kein gemeinsamer Kurs besteht.
377 In Umfragen waren BSW-Wähler dort unzufriedener mit der eigenen Koalition als die der
378 Linken – ein Alarmsignal. Wir haben Wähler enttäuscht, weil wir nicht deutlich genug
379 gemacht haben, dass wir für eine grundlegend andere Politik stehen. Es ist klar: Der
380 Weg, den das BSW in Thüringen eingeschlagen hat, ist nicht unser Weg in Sachsen-
381 Anhalt.

382 In Sachsen-Anhalt sind wir nicht Teil einer Regierung, sondern entschlossene
383 Opposition. Das ist kein Mangel, sondern eine Stärke. Denn echte Veränderung beginnt
384 nicht mit Posten, sondern mit Prinzipien. Unsere Aufgabe ist es, der vernachlässigten
385 Mitte und den enttäuschten Bürgern eine Stimme zu geben – laut, klar und ohne
386 Anpassung. Wo wir gestalten, müssen wir unterscheidbar bleiben. Nicht angepasst,
387 sondern aufrecht – als konsequente Oppositionskraft gegen den Konsens der
388 Selbstzufriedenen.

389 Gleichzeitig bleibt unsere Grundanalyse bestehen: Es gibt eine große politische Lücke
390 zwischen einem entkoppelten Establishment und einer wachsenden Zahl enttäuschter
391 Bürgerinnen und Bürger. Das BSW wird gebraucht – weil es diese Lücke schließen
392 kann.

393 Denn wer hat uns gewählt – und für wen machen wir Politik? Die letzten Monate zeigen
394 ein klares Bild: Wir werden vor allem dort gewählt, wo sich viele Menschen seit Jahren
395 von der Politik nicht mehr vertreten fühlen – im ländlichen Raum, in der arbeitenden
396 Mitte. Unsere Wählerinnen und Wähler sind vor allem Angestellte, Handwerker,
397 Rentnerinnen, Facharbeiter, Selbstständige mit kleinen Betrieben, Alleinerziehende,
398 Pflegerinnen, Busfahrer, Verwaltungsangestellte, Verkäuferinnen. Viele von ihnen hatten
399 zuvor die AfD gewählt – nicht aus Überzeugung, sondern aus Wut. Andere kamen von
400 der Linken oder aus dem Nichtwählerlager. Was sie verbindet, ist ein tief sitzendes
401 Gefühl: Die etablierten Parteien haben uns vergessen.

402 Die Motive dieser Menschen sind weder extrem noch irrational. Im Gegenteil: Sie
403 wünschen sich Ordnung und Gerechtigkeit. Sie wollen, dass Leistung sich wieder lohnt,
404 dass Sozialpolitik nicht bevormundet, sondern schützt, dass Migration gesteuert wird,
405 dass die Stimme des Volkes in den Parlamenten nicht als Störgeräusch gilt. Sie glauben
406 an Zusammenhalt – aber nicht an ideologische Bevormundung. Sie fordern
407 Meinungsfreiheit – ohne sich dem Kulturkampf der Empörung zu unterwerfen. Und sie
408 sehnen sich nach einem Staat, der stark ist, wo er gebraucht wird – aber sich
409 zurückhält, wo er nur gängelt.

410 Für diese Menschen machen wir Politik – und zwar nicht, um sie zu erziehen, sondern
411 um sie zu vertreten und einzubinden. Unser Programm ist keine akademische
412 Fingerübung, sondern eine Antwort auf reale Lebenslagen: bezahlbare Energie für
413 Handwerk und Industrie, gute Löhne und Renten für die arbeitende Mitte, sichere
414 Grenzen und faire Regeln bei Migration, ein Gesundheitssystem, das wieder den
415 Patienten in den Mittelpunkt stellt, eine Außenpolitik, die deeskaliert statt zündelt. Das
416 BSW ist gekommen, um denen eine Stimme zu geben, die zu lange keine mehr hatten
417 – und die bereit sind, gemeinsam mit uns den politischen Kurs dieses Landes zu
418 verändern. Wir wissen, wem wir verpflichtet sind – und das verpflichtet uns zu Klarheit,
419 zu Mut und zu Haltung.

420 **Führung mit Haltung und Weitblick**

421 Sahra Wagenknecht ist das politische Gesicht, das für viele Menschen in unserem Land
422 Hoffnung auf eine neue politische Kultur verkörpert. Sie steht für Unabhängigkeit, für
423 Gerechtigkeit, für einen klaren Kompass – auch dann, wenn der Gegenwind stark ist.
424 Mit ihrem Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen, und mit ihrer Fähigkeit,
425 komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen, hat sie vielen Menschen wieder
426 eine politische Stimme gegeben. In Sachsen-Anhalt stehen wir fest an ihrer Seite.

427 **Wie es weitergeht**

428 Es wird nicht im stillen Kämmerlein entworfen, sondern gemeinsam mit unseren
429 Mitgliedern, Unterstützern und den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Unsere Politik
430 beginnt nicht in Ministerien, sondern in den Wohnzimmern, Werkhallen und
431 Stadtteilzentren – da, wo die Menschen leben, arbeiten und Verantwortung tragen.

432 Deshalb werden wir in den kommenden Monaten flächendeckend Kreisverbände
433 gründen. In der Altmark wie im Burgenlandkreis, in Dessau-Roßlau, im Harz und in
434 Halle. Vom Saaletal bis zum Fläming – Sachsen-Anhalt ist ein vielfältiges Land mit
435 großem Potenzial. Wer durch unsere Dörfer fährt, über die Weinberge bei Freyburg
436 blickt, den Brocken erklimmt oder durch die Gassen von Quedlinburg schlendert, spürt:
437 Hier liegt Kraft, Geschichte, Lebenswille. Diese Heimat verdient politische Repräsentanz
438 – nicht Bevormundung. Und genau dafür treten wir an.

439 Unsere Kreisverbände werden nicht bloß Verwaltungseinheiten sein, sondern lebendige
440 Orte politischer Diskussion, praktischer Organisation und konkreten Engagements.
441 Innerhalb der Gebietsverbände sollen gewachsene Strukturen, Stammtische, Mitglieder-
442 und Unterstützertreffen des BSW in einzelnen Gemeinden bzw. Städten oder
443 Landkreisen gepflegt und ausgebaut werden. Hier soll diskutiert, gestritten, geholfen
444 und organisiert werden. Hier bauen wir das Fundament für ein starkes BSW von unten –
445 in den Regionen, für die Regionen.

446 Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes. Deshalb ist es unser Ziel, eine
447 lebendige und eigenständige Parteijugend aufzubauen, die politische Teilhabe
448 ermöglicht, Engagement fördert und Räume für Mitbestimmung schafft. Wir wollen
449 unsere jungen Mitglieder fördern, ihnen Verantwortung übertragen und sie früh in
450 politische Prozesse einbinden.

451 Dazu gehört auch ein breit angelegtes Angebot politischer Bildung: durch Seminare,
452 Workshops, Mentoring-Programme und Austauschformate mit erfahrenen Mitgliedern.
453 Politische Bildung soll junge Menschen in die Lage versetzen, selbstbewusst,
454 kompetent und wertebasiert für eine soziale, gerechte und demokratische Gesellschaft
455 einzutreten.

456 Wir laden alle ein, die sich eine andere Politik wünschen – klar, gerecht und geerdet –
457 mit uns gemeinsam für dieses Ziel zu kämpfen. Für ein starkes Sachsen-Anhalt. Für ein
458 starkes BSW. Für eine Politik, die wieder für die Menschen da ist!